

Agenda Entwicklungspolitik:

Paradigmenwechsel Entwicklungszusammenarbeit für die 21. Wahlperiode

Zusammenfassung

Mit der Ankündigung der USA, auch die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) den nationalen Interessen unterzuordnen und der Schwächung der multilateralen Zusammenarbeit, mit dem rasanten Bedeutungsgewinn Chinas, der zunehmenden Multipolarität und dem Streben der Länder des Globalen Südens nach mehr Unabhängigkeit und Gewicht in internationalen Beziehungen erleben wir einen internationalen Paradigmenwechsel. Nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum und Entwicklungshilfe müssen zusammen diskutiert und vor allem auch umgesetzt werden.

Das macht die deutsche EZ wichtiger denn je. Sie ist nötig, sinnvoll und wirksam für alle Partner und für die multilaterale Kooperation im Blick auf öffentliche Güter. Sie muss allerdings überzeugender kommuniziert und konsequenter umgesetzt werden. Dies gilt gerade im Blick auf die faire Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten in den bilateralen und internationalen Beziehungen.

Die deutsche EZ verfolgt das übergeordnete Ziel, Armut zu bekämpfen, globale Gerechtigkeit zu fördern und zur Umsetzung der SDGs und des Pariser Klimaabkommens beizutragen. Dabei ist sie auf neue internationale Allianzen und Allianzen mit verschiedensten Akteuren angewiesen. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, insbesondere mit KMUs, spielt dabei eine wichtige Rolle und sollte wie die technische (TZ) und finanzielle Zusammenarbeit (FZ) eine eigene, im Haushalt abgebildete Säule sein.

Eine gut abgestimmte Entwicklungspolitik und Außenwirtschaftsförderung macht Deutschland erfolgreicher – nach innen und nach außen. Nach innen, weil eine Bundesregierung, die mit einer Stimme spricht, von Unternehmen als verlässliche Partnerin wahrgenommen wird. Nach außen, weil eine geeinte Bundesregierung bei wichtigen Fragen wie Global Gateway Gestalterin sein kann.

I. Herausforderungen und Chancen

Die geopolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich dramatisch verändert.

Während autokratische Regime im globalen wirtschaftlichen und politischen Wettstreit gezielt Einfluss in strategischen Regionen und auf Ressourcenkreisläufe nehmen, sieht sich Europa mit Migration, demografischem Wandel, multiple Sicherheitsbedrohungen und wirtschaftlicher Transformation konfrontiert.

Die deutsche Entwicklungspolitik in diesem Kontext strategisch neu ausrichten, bedeutet u.a. die Wirtschaft als Teil der Lösung zu betrachten und angemessen einzubeziehen. Es bedeutet ferner transparente und faire Partnerschaften sowie verstärkte wirtschaftliche Kooperationen im gegenseitigen Interesse und darum eine gezielte Einbindung lokaler Akteure in die Planung und Durchführung von Projekten. Regionale Stabilität, nachhaltige Entwicklung, gesellschaftliche Resilienz und politische Zusammenarbeit sollten zentrale Ziele sein. Transparenz über eigene Interessen ermöglicht einen konstruktiven Dialog mit anderen die ihre eigenen Interessen verfolgen.

Eine weitere Herausforderung der deutschen EZ liegt auch in den fragmentierten Zuständigkeiten der Ministerien für die Umsetzung der ODA-Mittel. Nicht nur generell untereinander, sondern auch in der Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Akteuren. Ferner geht es um eine schnellere und flexiblere Anpassung an aktuelle geopolitische Herausforderungen.

- ➔ Eine zukunftsfähige EZ braucht nachhaltiges Handeln, effiziente Strukturen und mutige Innovationen! Nur so kann sie in einer komplexen Welt ihren Beitrag leisten.
- ➔ Die EU-Kommission und die Bundesregierung müssen die Unternehmen darin unterstützen, Konsortien und Joint Ventures zu formen. Das könnte auch Aufgabe eines Global Gateway One-Stop-Shops sein.

Agenda Entwicklungspolitik:

Paradigmenwechsel Entwicklungszusammenarbeit für die 21. Wahlperiode

II. Neuausrichtung der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

1. Partnerschaften auf der Grundlage gemeinsamer Interessen

Deutschland kann durch gezielte Zusammenarbeit mit strategischen staatlichen und nichtstaatlichen Partnern in wichtigen Partnerländern global an Gewicht gewinnen, seine Sicherheit erhöhen und nachhaltige Entwicklung fördern, wobei wir als Gruppe diese Neuausrichtung gerne begleiten und unterstützen.

Partnerschaften müssen auf Transparenz, Reziprozität und gegenseitigem Vorteil beruhen und der nachhaltigen Entwicklung für die Bevölkerung dienen. Die Einbeziehung lokaler Akteure in die Planung und Durchführung der Kooperationsprojekte ist entscheidend, um nachhaltige und wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen.

Die regionale Expertise im BMZ muss wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Faktoren umfassen und ausgeweitet werden, um Stabilität und ein förderliches Investitionsumfeld zu verstehen und stärken zu helfen. Organisationen wie die GIZ müssen stärker international aufgestellt sein, das heißt, wir benötigen mehr Mitarbeitende international und weniger national.

Kernelemente der internationalen Kooperation werden mit den Partnerländern gemeinsam definiert. Dazu gehört eine klare Definition möglicher Zukunfts-Szenarien. Dafür benötigen wir ein Crisis and Future Center „Handlungspfade 2075“ mit dem Ziel einer verbesserten Krise-Resilienz.

2. Investition in Zukunftsmärkte

Wirtschaftliche Zusammenarbeit ist immer eine Investition in Zukunftsmärkte und Infrastrukturen zu beiderseitigem Vorteil. Dazu gehören: Armutsbekämpfung (SDG 1), Geschlechtergerechtigkeit (SDG 5), Zugang zu Bildung und Gesundheit (SDG 3-4), Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8) und Aufbau leistungsfähiger Institutionen auf allen Ebenen (SDG 16).

Neben der technischen (TZ) und der finanziellen Zusammenarbeit (FZ) muss es einen weiteren Baustein geben, der gezielt auf die Einbindung wirtschaftlicher Akteure abzielt, insbesondere KMUs. Während die TZ vor allem die Kompetenzen von Menschen, Organisationen und Institutionen stärkt und die FZ-Investitionsvorhaben finanziell ermöglicht, schafft eine eigenständige Säule für Kooperation mit Unternehmen den notwendigen Rahmen, um private Innovationen, betriebswirtschaftliche Expertise und unternehmerisches Engagement gezielt zu fördern. Diese Säule muss auch im Haushalt des Bundes abgebildet werden.

In diesem Zusammenhang bedürfen die Kriterien für Public-Private-Partnerships (PPP) einer Neubewertung. Eine klare Aufgabenverteilung zwischen staatlichen und privaten Akteuren ohne Doppelstrukturen ist das Ziel. EZ-Gelder sollten durch Partnerbeiträge flankiert sowie wirtschaftlich nachhaltig und mit klaren Erfolgskriterien eingesetzt werden.

Wirtschaftsnahe Finanzierungsinstitute wie KfW und DEG müssen eine stärkere Steuerungsfunktion übernehmen. Da in den Partnerländern als Kooperationspartner häufig kleine und mittlere Unternehmen im Fokus stehen, ist eine stärkere Einbindung des Mittelstands und anderer wirtschaftlicher Akteure dringend erforderlich. Dabei darf die Förderung privater Unternehmen nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet sein, der soziale Gerechtigkeit und inklusive Entwicklung sichert.

3. Investitionen in Fachkräfte und Ausbildung

Wir müssen Ausbildungsprogramme neu denken. An die Anforderungen der Partner adaptierte, kurz und mittelfristige Ausbildungsprogramme bieten eine Lösung für den Fachkräftemangel in Deutschland, tragen zur Armutsminderung, sozialen Gerechtigkeit und individuellen Emanzipation bei und verbessern zugleich die wirtschaftlichen Perspektiven in Partnerländern. In vielen Ländern bietet die demografische Dynamik ein enormes Potenzial für wirtschaftliches Wachstum, das durch gezielte

Agenda Entwicklungspolitik:

Paradigmenwechsel Entwicklungszusammenarbeit für die 21. Wahlperiode

Bildungs- und Arbeitsmarktprojekte erschlossen werden kann. Die Verbindung von Bildung, gesellschaftlicher Teilhabe und nachhaltigem Wirtschaftswachstum ist dabei essenziell.

4. Investitionen in Klimaschutz und Energiesicherheit

Wir müssen Klimaschutz neu denken. Die Klimafolgenbewältigung rückt zunehmend in den Vordergrund, Europa hat dafür notwendige Technologien (ein Beispiel ist der CO₂-Handel inklusive der notwendigen Zertifizierungen), die lokalen Partner kennen die konkreten Anpassungsbedarfe und arbeiten in Innovation-Hubs an lokal adaptierten Lösungen. Dies zusammenzuführen in gemeinsamen Projekten ist von beiderseitigem Nutzen. Mit innovativen Lösungen im Bereich erneuerbarer Energien kann ausreichende Energiesicherheit in beiden Partnerländern gefördert werden. Auch mit Blick auf Pflanzkohle, die vor allem mit Partnerländern im Globalen Süden nachhaltig genutzt werden kann, werden nicht nur die EU-Klimaziele adressiert, sondern mittels verbesserter Bodenfruchtbarkeit Ernährungssicherung, Einkommensverbesserung und Klimaresilienz der Landwirte gefördert, was Fluchtursachen bekämpft.

5. Innovation-Hubs und Know-How-Transfer

Staatliche und privatwirtschaftliche Akteure aus Deutschland sollten sich intensiv am Informationsaustausch beteiligen und den Aufbau lokaler Innovations- und Technologiehubs fördern. Auch die Unterstützung von lokalen Trainings- und Zertifizierungsinstituten (z. B. MLDC/ATC in Zusammenarbeit mit der deutschen Außenhandelskammer /AHK in Nigeria) sollte gezielt vorangetrieben werden – vorausgesetzt, die Förderkriterien werden erfüllt.

6. Wirtschaftlichkeit, Digitalisierung und Effizienz

Alle Anbieter entwicklungsfördernder Maßnahmen – sowohl staatliche als auch privatwirtschaftliche – sind verpflichtet, mit den staatlichen EZ-Mitteln nachhaltig, wirtschaftlich, effektiv und effizient zu handeln. Diese Kriterien sollten konsequent als Maßstab herangezogen werden.

Bislang fehlen wirksame Mechanismen zur frühzeitigen Krisenerkennung – ein zentraler Baustein, um die Entwicklungspolitik rechtzeitig und vorausschauend ausrichten zu können.

Die vollständige Digitalisierung der Dokumentations- und Berichtsanforderungen und Mehrsprachigkeit im gesamten Prozess kann eine effizientere Projektverwaltung und bessere Nachverfolgbarkeit gewährleisten. Dies reduziert Bürokratie und erhöht die Transparenz der Mittelverwendung. Gleichzeitig sollten digitale Prozesse genutzt werden, um entwicklungspolitische Programme agiler und flexibler zu gestalten.

Unterzeichner in alphabetischer Reihenfolge der Organisationen:

Bernhard Vester, Vorstandsvorsitzender, AFOS Stiftung für Unternehmerische EZ

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Ulrich Hemel, Ehrenvorsitzender Bund Katholischer Unternehmer

Frank Tetzl, geschäftsführender Vorstand Carl Duisberg Gesellschaft e.V.

Thomas Festerling, CEO & Managing Partner bei GreenTec Capital Partners

Prof. Dr. Matthias Afting, Executive Director Adjunct Professor at LUNEX, COGNOS International SE

Dr. Johannes Flosbach, Executive Director, TGI Group (Nigeria)

Bei Rückfragen erreichen Sie uns unter: entwicklungszusammenarbeit@thepartners.io